



Zwischenbericht des Projekts JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region im Kreistagsausschuss für Soziales, Jugend, Frauen, Integration, Gesundheit und Ehrenamt am 24. April 2013

Projektleitung: Anna Kaczmarek-Kolb MA pol

Kontakt: jugendstaerken@lkgi.de

Das Modellprogramm JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend begann 2010 und läuft noch bis Dezember 2013.

Innerhalb des Landkreises ist das Projekt dem Fachdienst Familien, Inklusion und Demografie, dort der Jugendförderung zugeordnet.

Im Landkreis Gießen kooperieren wir mit OloV (der hessenweiten Strategie zur "Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule – Beruf") und dem „Arbeitsmarktmonitor“ (unter der Federführung der Agentur für Arbeit). Der Steuerungskreis unseres Modellprojektes trifft sich halbjährlich und ist besetzt mit regional verantwortlichen Akteuren der Bundesinitiative JUGEND STÄRKEN, den Jugendmigrationsdiensten (Diakonie und IB), Schulverweigerung die 2.Chance (Jugendwerkstatt) sowie der Regionalkoordination von OloV (ZAUG).

Unsere Kernaufgabe liegt in der Erfassung von Angeboten und Zielgruppen am Übergang von der Schule in den Beruf. Diese Erfassung erfolgt einerseits quantitativ in einer Datenbank, die über die Landkreishomepage allen Interessierten zugänglich ist, andererseits qualitativ, in dem wir Gespräche mit Expertinnen und Experten¹ in den Städten und Gemeinden des Landkreises führen. Als Experten fungierten all diejenigen in den Kommunen, die hauptsächlich mit Jugendlichen vor Ort zusammen arbeiten: Kommunale Jugendpflegen, Sozialarbeiter an Schulen, Ausbildungskordinatoren, Mitarbeiter der kirchlichen Träger u. Ä.

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.



Der Kreisausschuss

Die Analyse der Teilräume ist für drei der vier Teilräume bereits abgeschlossen. Im Teilraum Süd (Pohlheim, Linden, Fernwald, Langgöns) laufen die Expertengespräche noch.

In allen drei Teilräumen wird vor allem von Experten die fehlende Ausbildungsreife, die Unselbstständigkeit und Orientierungslosigkeit der Schüler beklagt. Dazu komme die Demotivation und Frustration der Schüler und ihre Inflexibilität bezüglich des Berufswahlspektrums. Zudem seien der Alkoholkonsum und die Schuldenproblematik sehr groß. Im Bereich Übergang von der Schule in den Beruf gäbe es kaum Vernetzung der Akteure und die wahrgenommene Elternverantwortung sei schwindend gering. Durch viele zeitlich begrenzte Projekte mangle es auch an Nachhaltigkeit.

Im Teilraum Ost (Laubach, Hungen, Lich, Grünberg) wurden dazu die Probleme der Jugendlichen mit Mobilität genannt. Viele Angebote des Landkreises sind für die Jugendlichen dort kaum zu erreichen.

Im Teilraum West (Heuchelheim, Wettenberg, Biebertal) orientieren sich die Jugendlichen stark nach Gießen und werden von den regionalen Angeboten kaum erreicht. Eine Ausnahme bilden dort die Vereine: die meisten sind in Sportvereinen aktiv. Zudem gibt es Probleme mit Drogenkonsum und Leistungsdruck. Viele Experten benennen, dass Schüler und Eltern Vorurteile gegenüber der Gesamtschule in Wettenberg haben, weshalb sie meistens Schulen in Gießen bevorzugen und somit kaum in ihren Kommunen seien.

Im Norden (Allendorf/Lumda, Lollar, Buseck, Reiskirchen, Rabenau, Staufenberg) wird vor allem von Experten beklagt, dass durch die sozialen Online-Netzwerke immer weniger Jugendliche erreichbar seien. Zudem gibt es dort ein wachsendes Problem mit Rechtsextremismus.

Bei der Ermittlung der Angebote und Bedarfe ist als erstes klar geworden, dass die Zahlen der Jugendarbeitslosigkeit nicht hinreichend den Bestand widerspiegeln. So verlassen viele junge Menschen die Schule ohne anschließende Perspektive, sind

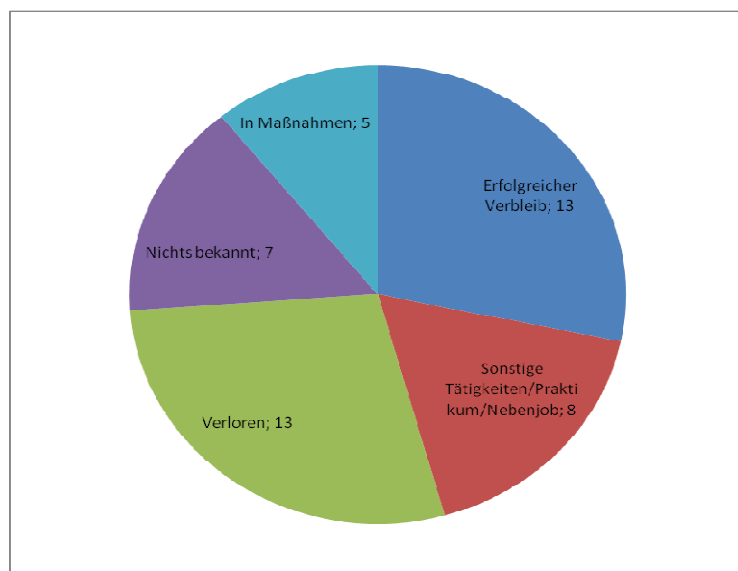


Der Kreisausschuss

aber erst dann in der Jugendarbeitslosigkeitsstatistik, wenn sie sich bei der Agentur für Arbeit arbeitsuchend melden. Deshalb haben wir im Rahmen des Projekts JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region die Zahlen der Schülerströme aus der Lehrer und Schüler Datenbank (LUSD) des hessischen Kultusministeriums (HKM) analysiert. Dabei fällt auf, dass die Zahl der Schüler, die die Schule im 10. Schuljahr verlassen und anschließend keine weitere Schule besuchen, relativ hoch ist. Das Land Hessen hat keine Berufsschulpflicht², somit werden die Schüler ohne geklärte Anschlussperspektive aus den Schulen entlassen.

Wir haben modellhaft an der Gesamtschule in Hungen nachgeforscht, um wie viele Jugendliche es sich handeln könnte. Die Analyse der LUSD zum 1.11.2011 hat gezeigt, dass in der Stufe 10 der Integrierten Gesamtschule Hungen 193 Schüler die Schule verlassen haben, aber nur 147 wieder in die LUSD eingegeben wurden. Es ergibt sich also eine Differenz von 46 Schülern, deren Verbleib unklar ist.

Die anschließende Nachforschung ergab folgendes Bild:



²Berufsschulen sind Pflichtschulen, welche von allen Personen besucht werden, die eine berufliche Erstausbildung im Sinne des Berufsbildungsgesetzes durchlaufen. Auch Jugendliche ohne Beschäftigung und solche, die in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen, sind längstens bis zum Ende des Schulhalbjahres, in dem sie das 18. Lebensjahr vollenden, zum Besuch der Berufsschule berechtigt (§ 62 Abs. 3 HSchG).
http://www.hessen.de/irj/HKM_Internet?cid=8a8cd4dfd6a8379f0e55d64a5138ef2 vom 30.11.2011 um 10:20



Der Kreisausschuss

Von den 46 Schülern konnten 13 unter „erfolgreicher Verbleib“ verortet werden. Diese besuchen entweder eine weiterführende Schule, befinden sich in einer Ausbildung, haben einen Job mit Aussicht auf einen Ausbildungsplatz, oder sind perspektivisch bei der Bundeswehr. In Maßnahmen wie der Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme (BVB) oder der Einstiegsqualifizierung (EQ) befinden sich 5 Schüler. 13 Jugendliche sind „untätig“, d.h. in der Justizvollzugsanstalt, ohne festen Wohnsitz, oder haben keinen Termin beim Berufsberater wahrgenommen und zählen somit zu den „verlorenen“. In einem Nebenjob, in der Abendschule oder in einem freiwilligen sozialen Jahr befinden sich 8 Jugendliche. Über 7 ist uns trotz mehrfacher Kontaktsuche nichts bekannt.

Auf Basis der vorliegenden Daten kann man von rund 6,5% ausgehen, die die Schule verlassen ohne anschließende Perspektive.

Anschließend haben wir alle Schüler des Abschlussjahrgangs zum Stand ihrer Berufsorientierung und ihrer beruflichen Zukunft befragt. An der Befragung haben 224 Jugendliche der 9. und 10. Klassen teilgenommen. Durchgeführt wurde diese im Frühjahr 2011. Davon waren 118 weiblich und 103 männlich. Etwa 20% der Befragten haben einen Migrationshintergrund. Die Erfassung Migrationshintergrund erfolgt in Orientierung an die Definition des statistischen Bundesamts³.

Die Analyse zum Verbleib der Jugendlichen ergab folgendes Bild:

³Zu den Personen mit Migrationshintergrund gehört die nach 1959 zugewanderte ausländische Bevölkerung – unabhängig davon, ob sie im Inland oder im Ausland geboren wurde – sowie alle nach 1950 Zugewanderten unabhängig von ihrer Nationalität. Daneben zählen zu den Personen mit Migrationshintergrund auch die in Deutschland geborenen eingebürgerten Ausländer sowie eine Reihe von in Deutschland Geborenen mit deutscher Staatsangehörigkeit, bei denen sich der Migrationshintergrund aus dem Migrationsstatus der Eltern ableitet. Zu den letzteren gehören die deutschen Kinder (Nachkommen der ersten Generation) von Spätaussiedlern und Eingebürgerten und zwar auch dann, wenn nur ein Elternteil diese Bedingungen erfüllt, während der andere keinen Migrationshintergrund aufweist. Außerdem gehören zu dieser Gruppe seit 2000 auch die (deutschen) Kinderausländischer Eltern, die die Bedingungen für das Optionsmodell erfüllen, d.h. mit einer deutschen und einer ausländischen Staatsangehörigkeit in Deutschland geboren wurden. (Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 2.2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Wiesbaden 2008, Anhang 2: Glossar.)

Als Person mit Migrationshintergrund gilt, wer eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, oder im Ausland geboren wurde und nach 1949 zugewandert ist. Oder auch wer in Deutschland geboren ist und eingebürgert wurde, oder ein Elternteil hat, das zugewandert ist, eingebürgert wurde oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.



Zusammenfassung des Verbleibs der Jugendlichen

224	Jugendliche, die den Fragebogen abgegeben haben
106	Erfolgreicher Verbleib: Schule, Ausbildung
49	Wissen noch nicht, was sie nach der Schule machen möchten: Hierunter können auch Jugendliche sein, für die sich die Frage noch nicht stellt
13	Sonstiges: Jobben, FSJ
56	Keine Angabe
Es konnten 6 „unsichere“ Jugendliche identifiziert werden , die noch mal kontaktiert werden möchten, nicht weiter zur Schule gehen und keinen Anschlussvertrag bzw. Platz haben	

Abb.1 : Präsentation Netzwerktreffen Hungen 2012: Brandt/Zakikhany

Auf einen Anschlussplatz haben sich 70 der 224 Jugendlichen beworben (81 der Befragten werden weiter auf die Schule gehen). Dies bedeutet eine Fortführung der schulischen Ausbildung oder die Entscheidung für einen freiwilligen Dienst (z.B. ein freiwilliges soziales Jahr). 29 der Befragten haben sich auf einen Ausbildungsplatz beworben, von diesen werden 25 nach Beendigung des Schuljahres eine Ausbildung anfangen. Von den 224 Befragten konnten 6 Jugendliche identifiziert werden die offen zugaben, dass sie nach der Schule „nichts“ machen werden.

Das Elternhaus sei, gefolgt von den Freunden, der wichtigste Ansprechpartner hinsichtlich der Zukunftsgestaltung und beruflichen Orientierung. 52% der Jugendlichen gab an, dass ihre Eltern sie am Übergang von der Schule in den Beruf unterstützen. Die Institution Schule als Orientierungshilfe taucht weniger auf.

Klassenlehrer werden in 13% zu Rate gezogen und 27% orientieren sich am Freundeskreis.



Der Kreisausschuss

Das Berufsinformationszentrum (BiZ) und die Agentur für Arbeit sind laut Umfrage wichtige und bekannte Institutionen zur Berufsfindung. 32% der Befragten haben angegeben das Berufsinformationszentrum und 3 % zusätzlich die Agentur für Arbeit besucht zu haben.

Angebote an der Schule zur Berufsfindung seien nur wenige bekannt und werden kaum in Anspruch genommen. Es seien in der Regel Arbeitsgruppen und freizeitbezogene Angebote, die bekannt sind, mehrheitlich genutzt wurden.

Die Eltern nehmen laut unseren Gesprächen bezüglich der Berufswahl eine starke Orientierungslosigkeit bei ihren Kindern wahr. Auch dominieren vielfältige (soziale) Probleme im nahen Umfeld das Leben der Jugendlichen und die Eltern geben an, sich von der Institution Schule im Stich gelassen zu fühlen.

Für die Integration in den Arbeitsmarkt stellen die multiplen Problemlagen, in denen viele der Jugendlichen sich befinden, ein ernst zu nehmendes Problem dar. Die Ergebnisse aus der Vorabanalyse, der Gesamterhebung und den Telefongesprächen machen deutlich, dass sich für die Jugendlichen, die „verloren gehen“ und aus dem System fallen, der Weg zurück ins System schwierig gestaltet. Dies könne nach Einschätzung der Experten zum Einen mit der Lust- und Motivationslosigkeit vieler Jugendlichen zusammenhängen. Zum Anderen können multiple Problemlagen, Leistungsdruck und eine „generelle Überforderung“ sich mit der beruflichen Zukunft auseinanderzusetzen als Hauptfaktoren identifiziert werden. Es fehle ihnen aber auch ein grundsätzliches Wissen über ihre Möglichkeiten, den Wert von Schulabschlüssen und das duale Ausbildungssystem, sodass die beschriebene „Lustlosigkeit“ auch eine Folge des „*Nicht wissen an wen sich wenden*“ sein könne.

Auch die Lehrer an der Gesamtschule Hungen sprechen von einer wahrgenommenen generellen Überforderung bei den Schülern. Zudem werden stattfindende Unterrichtsstunden zur Information bezüglich der Berufswahl von den Jugendlichen wenig ernst genommen und wieder „vergessen“.

Aufgrund der Tatsache, dass zwar viele Orientierungsangebote an der Schule vorhanden sind, diese aber wenig genutzt werden, wäre es sinnvoll, bestehende Angebote für die Schüler noch präsenter zu machen. Dies könnte möglicherweise



Der Kreisausschuss

dazu beitragen, dass Jugendliche relevante Angebote an Schulen eher wahrnehmen und deren Nutzen erkennen. Es sind dringende Verbesserungen in der interinstitutionellen Zusammenarbeit und zielgruppenspezifische Hilfsangebote erforderlich.

Modellhaft an der Gesamtschule Hungen werden wir auf der Basis unserer Erhebung und der Expertengespräche nun folgende Schritte unternehmen:

- Weitere Vernetzung der im Übergangmanagement beteiligten Akteure und Institutionen
- Ausbau der dringend erforderliche Kommunikation zwischen Eltern, Lehrern und weiteren Akteuren
- Planung / Durchführung eines Elternabends (um Eltern stärker in die Prozesse mit einzubeziehen und zu informieren. Dazu eingeladen sind die Agentur für Arbeit, das Jugendamt und Übersetzer aus Migrantenorganisationen um eine erfolgreiche Kommunikation zu gewährleisten. Ziel ist es, mit frühzeitigen präventiven Maßnahmen einer möglichen Abwärtsspirale entgegen zu wirken.)
- Herstellen größerer Transparenz hinsichtlich der Angebote an der Schule: der für die Schule erarbeitete Flyer „Wegweiser Hungen“ wird
- am Elternabend verteilt.
- Anstoßen einer Kooperation mit der Familienpsychosomatik der UKGM an der Schule (ein niedrighwelliges Angebot, um auch eine psychosoziale Unterstützung für die Jugendlichen sicherstellen zu können.)

Der Abschlussbericht des Modellprogramms wird am Jahresende präsentiert.